



# SICHERHEIT

DURCH EINEN STARKEN RECHTSSTAAT

*UNS GEHT'S UMS GANZE*

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
**BUNDESTAGSFRAKTION**



[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

# SICHERHEIT FÜR ALLE

Brüssel, Paris, Nizza, Berlin: Der menschenverachtende islamistische Terror ist eine der größten Bedrohungen unserer Zeit. Ihm muss entschieden und effektiv auf allen staatlichen Ebenen begegnet werden. Es gilt, alle Bedrohungen der offenen Gesellschaft konsequent im Blick zu haben. Auch der Rechtsterrorismus lehnt die freiheitlich demokratische Grundordnung ab. Das zeigt sich in der massiven Gefährdung von Geflüchteten durch zahlreiche Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und im eklatanten Anstieg rechtsmotivierter Gewalttaten insgesamt. Sie sind in unserer Demokratie nicht hinnehmbar. Wir wollen Sicherheit für alle. So sind die Unbefangenheit und Angstfreiheit von Frauen im öffentlichen Raum, der sichere nächtliche Bummel durch die Stadt ein Ausdruck von Freiheit, die wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen.

***Wir setzen auf einen starken Rechtsstaat mit gut ausgebildeter und ausgestatteter Polizei. Statt symbolischer Gesetzesverschärfungen wollen wir effektive Polizeiarbeit nah an den tatsächlichen Problemlagen.***

Gerade weil wir einen funktionierenden Rechtsstaat haben, ist unser Land trotz realer Bedrohungen nach wie vor eines der sichersten weltweit. Damit das so bleibt, muss genau auf rechtsstaatliche Verfahren geachtet und jeder Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen entgegengetreten werden. Wir setzen auf zielgerichtete Gefahrenabwehr statt sicherheitspolitisch kontraproduktiver Pauschalverdächtigungen und Massenüberwachung. Wir treten ein für eine Sicherheitspolitik, die auf Fakten gründet, und setzen anstelle wirkungsloser Symbole auf Instrumente, die tatsächlich mehr Sicherheit schaffen. Deutschland hat starke Gesetze zur Gefahrenabwehr. Sie müssen gegen islamistische oder rechtsextreme Gefährder entschlossener und konsequenter angewendet werden. Es ist dagegen ein gefährlicher Irrweg, auf Gefährdungen der inneren Sicherheit mit immer weitergehenden Einschränkungen unserer Freiheits- und Bürgerrechte zu reagieren. Wer bereit ist, die Freiheit für mehr Sicherheit zu opfern, wird am Ende beides verlieren.



BRÜSSEL BERLIN

PARIS NIZZA

WIR MÜSSEN DEM ISLAMISTISCHEN TERROR ENTSCIEDEN UND EFFEKTIV AUF ALLEN STAATLICHEN EBENEN BEGEGNEN.

Foto: Paul Langrock/Zenit/laif

# VORRANG FÜR POLIZEIARBEIT

Bei der Gefahrenabwehr setzen wir auf einen klaren Vorrang der Polizei vor den Geheimdiensten. Eine starke, personell wie technisch gut ausgestattete Polizei sorgt im Alltag konkret für mehr Sicherheit. Es wird Jahre brauchen, die negativen Auswirkungen des früheren Personalabbaus bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt zu kompensieren – verursacht von der Union, die seit zwölf Jahren den Bundesinnenminister stellt. Wir wollen zudem erreichen, dass der Anteil der Polizeikräfte mit Migrationshintergrund dem der Bevölkerung entspricht.

Die Skandale rund um die NSA und den Bundesnachrichtendienst haben das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden stark erschüttert. Die Bundesregierung will bis heute vertuschen, dass deutsche Geheimdienste ein völlig undurchsichtiges Eigenleben haben. Für uns ist klar: Es braucht Nachrichtendienste als rechtsstaatlich handelnde, kontrollierbare und effektive Institutionen. Altmodische Apparate, die viel Energie verschwenden, um sich und ihre Traditionen zu verteidigen oder sich demokratischer Kontrolle zu entziehen, braucht dagegen niemand.

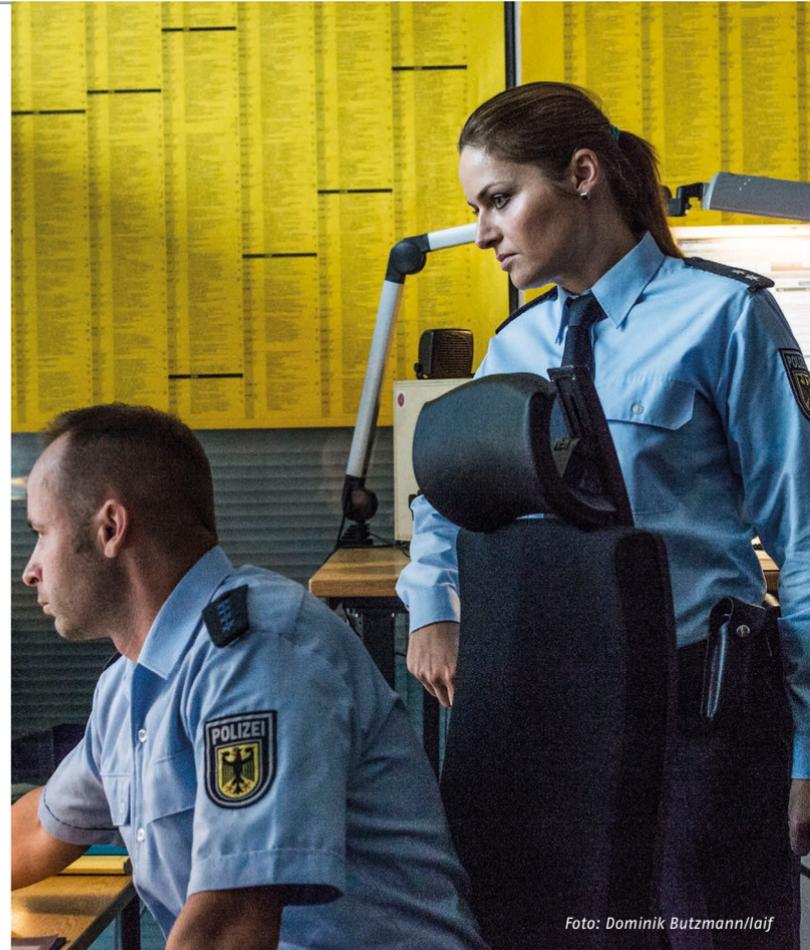


Foto: Dominik Butzmann/laif

# NEUSTART BEIM VERFASSUNGSSCHUTZ

Die Aufgaben, die Zusammenarbeit und der Austausch der Sicherheitsbehörden untereinander bedürfen einer grundlegenden Reform. Innenminister de Maizière will dagegen das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Zentralbehörde ausbauen – ausgerechnet jenes Amt, das beim rechtsterroristischen NSU kläglich versagt hat. Der Verfassungsschutz ist wegen seiner Blindheit gegenüber rechten Gefährdern, einem unreflektierten Einsatz von V-Leuten und seiner Neigung, Informationen nicht auszutauschen, in seiner jetzigen Form ein Sicherheitsrisiko. Er braucht eine klare Zäsur. Wir fordern daher einen institutionellen Neustart. Wir wollen ein Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Um die Strukturen und Zusammenhänge demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen wie Islamismus oder Rassismus zu beobachten und zu analysieren, wollen wir ein unabhängiges, wissenschaftlich arbeitendes Institut zum Schutz der Verfassung errichten.

# KLARE ZUSTÄNDIGKEITEN

Derzeit gibt es eine Vielzahl rechtlich frei schwebender Gemeinsamer Zentren von Polizeien und Nachrichtendiensten, wie das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum (GTAZ). Ihr unklarer rechtlicher Status erweist sich auch als Sicherheitsrisiko. Denn wie der Fall Anis Amri nochmals gezeigt hat, braucht es für die Zusammenarbeit klare Zuständigkeiten, gleichförmige Verfahren und vereinheitlichte rechtliche Grundlagen. Wer dort an wen welche Informationen weitergibt oder auch nicht, ist heute praktisch nicht kontrollierbar. Das ist besonders bedenklich, weil Polizeien und Nachrichtendienste dort zusammenarbeiten und das verfassungsrechtlich verankerte Trennungsgebot so in Frage steht. Wir wollen den Informationsaustausch neu regeln und damit auf klare rechtsstaatliche Grundlagen stellen. Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Zentren sollen ihre rechtsstaatskonforme Arbeit und Verantwortlichkeiten klar geregelt werden. Eine kollektive und intransparente Verantwortungslosigkeit werden wir nicht zulassen.

Die Namen der NSU-Mordopfer  
auf einem Gedenkstein in Kassel.

Foto: U. Zucchi/dpa

**VERFASSUNGSSCHUTZ? EIN SICHERHEITSRISIKO!  
BLIND GEGENÜBER RECHTEN GEFÄHRDERN,  
LEICHTFERTIG BEIM EINSATZ VON V-LEUTEN UND  
MIT HANG ZUR GEHEIMNISKRÄMEREI.**



Foto: Eckel/SZ Photo/Inf

# GEFAHREN

## KONKRET ABWEHREN

Zielgerichtete rechtsstaatliche Maßnahmen sind unsere Antwort auf die terroristische Bedrohung. Gefährder, die begründet im Visier der Sicherheitsbehörden sind, müssen möglichst engmaschig überwacht werden. Das kostet Geld, bringt aber konkret mehr Sicherheit – anders als Massenüberwachung. Undifferenzierte Datensammelwut ist eine ernste Bedrohung

der Bürgerrechte. Massenüberwachung arbeitet nicht zielgerichtet, ist fehleranfällig und gaukelt Sicherheit nur vor. Wir treten daher gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ein. Sie stellt Menschen unter Generalverdacht. Das Bundesverfassungsgericht hat sie aus gutem Grund für rechtswidrig erklärt. Der Staat muss die Privatsphäre achten und schützen. Videoüberwachung an gefährlichen oder sensiblen Orten ist sinnvoll, beispielsweise in U-Bahnhöfen in der Nacht. Sie kann Straftaten aufklären helfen, wenn auch nicht verhindern. Das könnte nur reale Präsenz von Sicherheitspersonal. Gegen flächendeckende Videoüberwachung gibt es aber glasklare verfassungsrechtliche Grenzen, weil sie unterschiedslos alle Menschen trifft.

# PRÄVENTION SARBEIT AUSBAUEN

Prävention kann, was keine Technik, keine Kamera dieser Welt kann: Demokratie stärken und Straftaten im Vorfeld verhindern. Mit einer Präventionsstrategie für Deutschland wollen wir gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Radikalisierung und Gewalt dort bekämpfen, wo sie entstehen. Präventionsarbeit ist für uns eine tragende Säule einer effektiven Strategie für Innere Sicherheit, damit junge Menschen gar nicht erst in menschenverachtende, Gewalt propagierende Ideologien abgleiten. Das gilt für Rechtsextremismus wie für Islamismus. Es ist entscheidend, Gefahren früh zu erkennen und Gewaltkarrieren zu verhindern. Gute Schulen und eine starke Kinder- und Jugendhilfe trocknen den Nährboden für Radikalisierung aus, wenn sie Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen verringern. Deutschland muss in der eigenen Gesellschaft ansetzen. Zwei Drittel der Personen, die von den Behörden hierzulande als islamistische Gefährder eingestuft werden,

haben einen deutschen Pass. Wir wollen die Identifikation mit der freien, toleranten und vielfältigen Gesellschaft fördern, die Diskriminierungen aus rassistischen Gründen, aufgrund der Herkunft, der Religion oder Weltanschauung oder sexuellen Identität klar entgegentritt.

Deshalb haben wir ein Konzept für ein bundesweites Präventionszentrum erstellt. Hier sollen Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen Hand in Hand arbeiten. Bei der Prävention und der Deradikalisierung, die Menschen wieder in die Gesellschaft zurückholt, müssen Sicherheitsbehörden stärker mit zivilgesellschaftlichen Trägern zusammenarbeiten. Wir wollen, dass das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement solide und dauerhaft gefördert wird. Eine enge Einbeziehung der in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime in die Präventionsarbeit gegen den gewaltbereiten Islamismus ist von größter Bedeutung. Moscheegemeinden und insbesondere Imame stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Prävention und Verhinderung von Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

# WAFFENRECHT ENDLICH VERSCHÄRFEN

Die Anschläge von Paris und Berlin, der Amoklauf von München und die tödlichen Schüsse eines sogenannten Reichsbürgers auf einen Polizisten in Bayern haben gezeigt: Das Waffenrecht muss dringend verbessert werden. Noch immer ist es viel zu einfach, an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Auch Kauf, Verwendung und Aufbewahrung legaler

Waffen sind weiterhin zu lax geregelt. Das muss sich ändern. Es braucht bei Anträgen auf Waffenerlaubnis eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz, regelmäßige Zuverlässigkeitsprüfungen und Kontrollen des privaten Waffen- und Munitionsbestands. Die Bundesregierung stand hier immer massiv auf der Bremse. Unionsinnenminister sehen sich als Schutzpatrone der Waffenlobby und haben effektive einheitliche EU-Regelungen bewusst sabotiert. Ein Höchstmaß an öffentlicher Sicherheit muss das Kriterium sein, nicht die Zufriedenheit der Waffenlobby. Außerdem wollen wir eine Verkaufsbeschränkung bei „anschlagfähigen Ausgangsstoffen“, aus denen potenziell auch Sprengstoff hergestellt werden kann.

## STÄRKERE ZUSAMMEN- ARBEIT IN EUROPA

Bestehende Kommunikationsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden in Europa sowie Systeme auf europäischer Ebene werden offenbar bislang noch viel zu wenig genutzt. Dies ist ein Ergebnis der Analyse terroristischer Anschläge in Europa. Die Bundesregierung hat viel zu wenig getan, um die offen zu Tage getretenen Defizite abzustellen. Deutschland kann die Gefahr des Terrors nicht allein lösen. Es ist daher unerlässlich, die internationale Zusammenarbeit zu stärken und den Austausch von Informationen zu intensivieren. Das gilt angesichts eines grenzüberschreitenden Terrorismus auch und vor allem innerhalb der Europäischen Union. Zusammenarbeit und Austausch müssen nach klar definierten rechtsstaatlichen Kriterien und Aufgaben ablaufen. Überfällig ist auch eine europaweit anerkannte Definition des „Gefährder“-Begriffes. Denn nur so haben die Sicherheitsbehörden der europäischen Staaten die Chance, Bewegungen und logistische Netzwerkstrukturen potenziell gewaltbereiter Islamisten wirksam zu erfassen.

## KEHRTWENDE IN DER IT-SICHERHEIT

Berichte über große Hacking-Angriffe machen deutlich, dass die Gefahr verheerender Hacks real ist. Es bedarf einer echten Kehrtwende und eines Sofortprogramms zur Erhöhung der IT-Sicherheit in Deutschland. Es braucht endlich Haftungsregelungen, die dem Problem schlechter Software entgegenwirken, eine Unterstützung von Open-Source-Produkten, die eine verbesserte Prüfbarkeit von Software ermöglichen. Wir fordern ein Bundesamt für Sicherheit, das in seiner Beratungsfunktion für die Bürgerinnen und Bürger unabhängig gestellt wird. Die Bundesregierung tut so, als habe es die Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss zum geheimdienstlichen Abhör- und Ausspähskandal nie gegeben. Die Verantwortung für IT-Sicherheit und Schutz von Kommunikation darf nicht allein auf Nutzerinnen und Nutzer sowie Unternehmen abgewälzt werden. Dem Staat kommt eine verfassungsrechtliche Schutzverantwortung zu. Die Themen IT-Sicherheit und Datenschutz müssen endlich an allerhöchster Stelle mit klaren Verantwortlichkeiten unabhängig bearbeitet werden.

# BUNDESSICHERHEITS- KONZEPT ENTWICKELN

Eine hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben. Offene und demokratische Gesellschaften bieten die beste Gewähr für den Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger. Aber auch sie sind immer verwundbar. Deshalb war es von großer Bedeutung, dass die verschiedenen Einsatzkräfte nach dem Anschlag am Breitscheidplatz in hervorragend abgestimmter Weise die schlimme und traurige Situation bewältigt haben. Unser Dank gilt allen, die daran mitgewirkt haben. Die Umstände des Anschlags zeigen aber auch, dass gerade für die besonders gefährdeten Ballungsräume ein Bundessicherheitskonzept entwickelt werden muss. Es muss die unterschiedlichen föderalen Akteure beteiligen und zu einheitlichen Standards führen. In diesem Rahmen könnten vertraulich sensible Zeiträume und Orte definiert werden, die für potenzielle Anschläge besonders in Frage kommen. Auf dieser Grundlage ließen sich komplexe Einsatzkonzepte entwickeln und abstimmen. Wir fordern den Bundesinnenminister auf, einen solchen Prozess in Gang zu setzen.





*„Gerade in Krisenzeiten muss sich der Rechtsstaat bewähren. Statt Symboldebatten, Placebo-Aktionismus und Massenüberwachung brauchen wir eine rechtsstaatliche Politik, die Sicherheit effektiv erhöht und Grundrechte achtet.“*

**KONSTANTIN VON NOTZ MDB**  
Stv. Fraktionsvorsitzender

*„Eigentlich selbstverständlich: Geheimdienste müssen ihr ganzes geheimes Wissen zu Gefährdern der Polizei geben, diese allein muss dann die geltenden Gesetze anwenden, um Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen!“*

**HANS-CHRISTIAN STRÖBELE MDB**  
Mitglied im Parlamentarisches  
Kontrollgremium zur Kontrolle der  
Nachrichtendienste

*„Unter den Innenministern der CDU/CSU wurden Bundespolizei und Bundeskriminalamt personell massiv geschröpft. Dieser Trend muss nachhaltig umgekehrt werden!“*

**IRENE MIHALIC MDB**  
Sprecherin für Innenpolitik

**NOCH FRAGEN?**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Arbeitskreis 3: Bürgerrechte und Demokratie,

Rechts- und Gesellschaftspolitik

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

T: 030 227 56789, F: 030 227 56552, [info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

**ZUM WEITERLESEN:**

» [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Themen A-Z » Innenpolitik

**BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:**

18/9674 Handlungsbedarf im Waffenrecht für mehr öffentliche Sicherheit (Antrag)

18/7654 Abgabe von anschlagsfähigen Ausgangsstoffen beschränken (Antrag)

18/10477 Eine bundesweite Präventionsstrategie gegen den gewaltbereiten Islamismus (Antrag)

18/10949 Personalplanung und aktuelle Lage bei der Bundespolizei (Kleine Anfrage)

18/10812 Der Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt und der Fall Anis Amri – Verantwortung und etwaige Fehler der Sicherheitsbehörden (Kleine Anfrage)

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

**IMPRESSUM:**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski, Titel: St. Kaminski

Stand: März 2017, Schutzgebühr: 0,05 €

